Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6377**
14. Wahlperiode 21. 06. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heidi Lippmann, Eva-Maria Bulling-Schröter, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/5165 –

Aktuelle Menschenrechtssituation in der Türkei

A. Problem

Seit dem 20. Oktober 2000 befinden sich Hunderte von Gefangenen in türkischen Gefängnissen im Hungerstreik oder Todesfasten, um gegen die Verlegung in die so genannten F-Typ-Gefängnisse zu protestieren. In der Zeit vom 19. bis 22. Dezember 2000 wurden 20 Gefängnisse von Spezialeinheiten gestürmt. Dabei ist es zu schweren Menschenrechtsverletzungen an den Gefangenen gekommen. Bis zum 10. Januar 2001 sollen 30 Gefangene und zwei Polizisten getötet worden sein. Viele Gefangene erlitten Verletzungen, die nicht medizinisch behandelt wurden. In den letzten Monaten hat sich die Lage der Menschenrechte in der Türkei insgesamt zunehmend verschlechtert.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Übergriffe türkischer Sicherheitskräfte zu verurteilen und eine lückenlose Aufklärung zu fordern, eine Regierungsdelegation in die Türkei zu entsenden, einen sofortigen Abschiebestopp in die Türkei zu erlassen und ein sofortiges Rüstungsexportverbot auszusprechen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion der PDS bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen
den Antrag – Drucksache 14/5165 – abzulehnen.

Berlin, den 30. Mai 2001

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Christa Nickels
Vorsitzende und Berichterstatterin

Angelika Graf (Rosenheim)
Berichterstatterin

Dr. Heiner Geißler
Berichterstatter

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Berichterstatterin

Carsten Hübner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Angelika Graf, Dr. Heiner Geißler, Christa Nickels, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Carsten Hübner

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/5165 wurde in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Februar 2001 dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuss, dem Verteidigungsausschuss und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Volage

In der Zeit vom 19. bis 22. Dezember 2000 wurden in der Türkei 20 Gefängnisse von Spezialeinheiten gestürmt. Dabei ist es zu schweren Menschenrechtsverletzungen an den Gefangenen gekommen. Bei diesen Auseinandersetzungen sind nach Angaben des Türkischen Menschenrechtsvereins bis zum 10. Januar 2001 30 Gefangene und zwei Polizisten getötet worden. Viele Gefangene erlitten Verletzungen, die nicht medizinisch behandelt wurden.

Hunderte von Gefangenen befinden sich seit dem 20. Oktober 2000 im Hungerstreik oder Todesfasten, um gegen die Verlegung in die so genannten F-Typ-Gefängnisse zu protestieren.

Vertreter von Menschenrechts- und anderen Organisationen berichten, dass sich die Lage der Menschenrechte in der Türkei in den letzten Monaten zunehmend verschlechtert habe. Angesichts des Kandidatenstatus der Türkei wird das Schweigen der europäischen Regierungen kritisiert. Voraussetzung für den Beitritt zur EU ist insbesondere die institutionelle Stabilität, die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Übergriffe türkischer Sicherheitskräfte zu verurteilen und eine lückenlose Aufklärung zu fordern, eine Regierungsdelegation in die Türkei zu entsenden, einen sofortigen Abschiebestopp in die Türkei zu erlassen und ein sofortiges Rüstungsexportverbot auszusprechen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 4. April 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 68. Sitzung am 14. März 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner Sitzung am 7. Februar 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei zwei Stimmenenthaltungen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 61. Sitzung am 16. Mai 2001 beschlossen, die Beratung des Antrags zu verschieben. In seiner 62. Sitzung am 30. Mai 2001 wurde der Antrag, in Verbindung mit dem Bericht über eine Reise von drei Ausschussmitgliedern in die Türkei sowie einer Unterrichtung durch die Bundesregierung über ihre Politik angesichts der aktuellen Menschenrechtslage in der Türkei, beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion der PDS bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Berlin, den 30. Mai 2001

Angelika Graf (Rosenheim)
Berichterstatterin

Dr. Heiner Geißler
Berichterstatter

Christa Nickels
Berichterstatterin

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Berichterstatterin

Carsten Hübner
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333